

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erstausgabe jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgebühren). Zu beziehen durch jede Postanstalt. • Redaktionsadresse: Mühlenweg 8, Berlin.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Interims 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für
Veranstaltungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der
Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

Das Vaterland braucht nicht allein die Millionen und Hunderttausende der Reichen und Großen. Es braucht auch die Tausende, Hunderte, Söhne und Einer der Armen Sparer.

Die Neuorientierung der deutschen Politik vom Arbeiterstandpunkt

Bereits vor dem Kriege wurden Reformen der inneren deutschen Politik angestrebt. Die Forderungen auf Reformen gehen in der Regel immer von dem vorwärtsstrebenden Bruchteil des Volkes aus. Mehr Freiheit, mehr Rechte soll die staatliche Gewalt einräumen.

Kein Zweifel, daß dieses Mehr auf Widerstände stößt. Diejenigen, die ihren Einfluß auf die staatlichen Organe bedroht sehen, oder die größere finanzielle Ressourcen fürchten, legen sich zur Wehr. Ein solcher Kampf wird bei aufwärtsstrebenden Völkern immer vorhanden sein. Freilich werden die Kämpfe nicht immer in gleicher Stärke geführt. Will man diese Vorgänge richtig beobachten, so muß man sich bewußt sein, daß im staatlichen Organismus nicht mechanische Kräfte, sondern dynamische (immer lebendige Kräfte) wirken. Die gesellschaftlichen Klassen sind dem Wandel der Zeiten unterworfen, sie gewinnen in bestimmten Zeitabschnitten an Einfluß und Macht, and müssen später ihre Vorherrschaft mit anderen sozialen Klassen teilen oder auch an diese abgeben. In der Gegenwart stehen wir noch unter der Einwirkung jener industriellen und sozialen Revolution, die im 18. Jahrhundert begann, aber erst im neunzehnten richtig zur Macht gelangte. Früher lag alle Macht im Eigentum möglichst vieler Ländereigentümer. Jetzt liegt die Macht vorwiegend im Besitz großer Kapitalmassen, die im Handel und Verkehr tätig sind. Die Besitzer des mobilen Kapitals haben häufig großen wirtschaftlichen Einfluß, während sie in der politischen Macht nicht selten von landbesitzenden Adel übertroffen werden. Daher handelt es sich bei politischen Kämpfen im Innern unseres Volkes nicht selten um die Machtbestrebungen zwischen Bank-, Eisenherren und Industriekapitänen auf der einen Seite und dem Adel, in dessen Händen sich große Ländereigentümer und althergebrachte gesellschaftliche Macht befindet, auf der anderen Seite. Als Arbeiter tut man gut, sich dieses immer vor Augen zu halten. Denn trotz demokratischer Schlagworte handelt es sich häufig um Ziele, die die Arbeiterschaft zwar erkämpfen helfen darf, die ihr aber keinen Gewinn bringen.

Als dritter Faktor ist auch die Arbeiterschaft mit politischen Forderungen auf den Plan getreten. Arbeiter gab es immer, aber erst die industrielle Entwicklung des 19. Jahrhunderts hat Millionen von Menschen ohne Produktionsmittel entstehen lassen, die nur durch ihre Hände für ihren Lebensunterhalt erwirben können. Erst wurde dem Arbeiter persönliche Freiheit gewährleistet, dann erst konnte er den Kampf um die Erweiterung politischer Rechte führen. Als wir oben betonen, kämpfen zwei große gesellschaftliche Gruppen um die Vorherrschaft der politischen Einflüsse. Welche Gruppen haben nun noch keinen Anspruch ihrer Macht? Die Arbeiter sind die bedrückte, unterdrückte Klasse, die aus dem Lager der bedrückten, unterdrückten Klassen hervorgeht. Sie sind die Klasse, die den Staat und den Staatlichen Organen die Unterstützung bringt, die sie unter anderem durch die

Volk. In der politischen Agitation wird dann mit vollständigen Schlagworten gearbeitet, und so kommt es dann, daß ein großer Haufen mit trotzt, der in Wahrheit nur den Machtbestrebungen anderer gesellschaftlichen Klassen, nur nicht der Arbeiterschaft nicht.

Wir sagten bereits, daß das staatliche Leben ein Auf und Nieder, ein Steigen und Fallen lebendiger Kräfte darstelle. Deshalb muß auch mit Reformen einer neuzeitigen Entwicklung Rechnung getragen werden. Mit allem Schutt aus vergangenen Zeiten muß ausgeräumt werden. Wo das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung so schnell ist wie bei uns, muß die staatliche Politik bremsen. Für neue Kräfte muß die Bahn frei gemacht werden. Der Vernichtung großer Bevölkerungsgruppen muß vorgebeugt werden, nicht nur aus Humanität, sondern im Interesse des Staates. Handelt er anders, so gleicht er einem Baum, dessen Zweige und Äste langsam vertrocknen, bis schließlich auch der Stamm morsch wird.

Vor dem Kriege wurde häufig die Forderung nach notwendigen Reformen mit dem Hinweis beantwortet, daß die Arbeiterschaft noch kein staatliches und nationales Empfinden besitze. Jede Erweiterung der politischen Rechte vergrößere die Gefahr des inneren Unsturzes. Der Weltkrieg hat diese Behauptung widerlegt, denn nun bald drei Jahre bringt keine soziale Klasse so ungeheure Opfer wie die Arbeiterschaft. Es ist nicht verpönderlich, daß unter diesem Eindruck der Ruf nach inneren Reformen mit Nachdruck von neuem erhoben wird. Man spricht von einer Neuorientierung der inneren deutschen Politik. Diese Forderung nach Neuorientierung hat einflussreiche rechtsstehende Politiker sehr nervös gemacht. Da die alten Anschauungen nicht mehr stehen, so sucht man angeblich einen starken Mann für die äußere Politik. „Spiegelberger, wir kennen dich!“ Ja, wenn die sozialdemokratische Arbeiterschaft mit ihrem alten Programm diesen Kreisen nur zu Hilfe käme, ähnlich wie es Debebour, Stadthagen und Genossen tun! Hoffentlich ist diese Arbeiterschaft nicht so einseitig, diesen Herren den Gefallen zu erweisen. Bleiben sie ihrer im Kriege eingeschlagenen Taktik getreu, dann können reaktionäre Gesellschaftschichten sich stellen, wie sie wollen, die Stellung der Arbeiterschaft im politischen Leben Deutschlands wird anders gestaltet werden müssen.

Was hat man sich unter dem Begriff der Neuorientierung der inneren Politik nun eigentlich vorzustellen? Kann man etwa daran denken, daß im staatlichen Leben neue Wege eingeschlagen werden ähnlich wie ein Steuermann auf einem Schiff, der sich verfahren hat und nun das Steuer einfach in eine vollständig entgegengesetzte Richtung dreht? Ganz gewiß nicht. Ein Staatswesen mit stetig Millionen Menschen macht keine politische Sprünge. Es kann sich um nichts anderes handeln, als um eine gerechtere Verteilung der im Staat und Volk lebenden Kräfte. Alle Völker haben in dem Leben der Völker keinen Gleichheitswert. Und unter dem Eindruck und den Wirkungen des Weltkrieges wird im Interesse der Einheit und Geschlossenheit des Staates nach außen hin alle Klassenpolitik aufhören müssen.

Wenn man sich eine Anzahl deutscher Parteizeitungen durchsieht, dann wird man finden, daß jede Partei eine Neuorientierung in ihrem Sinne fordert. Obenan steht ja wohl die Forderung nach einer Veränderung der Verfassung in parlamentarischer Form. England und Frankreich werden von uns und von Parlamenten herbeigehungene Vorbilder genannt. So wird es auch für Deutschland gefordert, daß in Arbeiterkreisen wurde schon früher diese Forderung gemacht und hat sich Bahn gemacht. Die Forderung der inneren Neuorientierung ist aber

schon, so darf man sich vom Arbeiterstandpunkt doch nicht viel davon versprechen. Welche Wandlungen Parteipolitiker durchmachen können, wenn sie erst das Fest in der Hand haben, zeigt uns so recht bei einst so radikale französische Ministerpräsident Briand. Vor der Weltausstellung 1900 in Paris forderte er die Arbeiter zum Generalstreik zur Erreichung ihrer Ziele auf. Als er aber Minister geworden war, unterdrückte er den Eisenbahnerstreik, obwohl es sich um wohl berechnete Forderungen handelte, mit allen Mitteln. Wenn man einmal unsere linksstehenden Politiker in Deutschland, die es zum Ministerstuhl brachten, in ihren Reden und Taten einer Betrachtung unterziehen würde, dann könnte man auch ganz beträchtliche Wandlungen feststellen. Wir will dünken, sich vom Arbeiterstandpunkt für eine parlamentarische Verfassung einzusetzen, sei vorläufig Kraftverschwendung. Ob wirklich eine soziale Politik erfolgen würde, ist zum mindesten zweifelhaft. Andererseits ist sie aber auch praktisch nicht durchführbar. Vorläufig hat in Deutschland keine Partei die Hälfte aller Reichstagsitze. Eine Blockbildung bedeutet ebenso Kompromisse und Halbheiten, wie man das heute behauptet. Nicht minder erscheint es zweifelhaft, daß die deutschen Bundesstaaten ihrer Rechte so einfach begeben. Kommt gar noch ein Gebietszuwachs durch den Weltkrieg hinzu, so wird die Sache noch komplizierter. Es wird und muß auch in anderen halbwegs erreichbarer Weise möglich sein, der Arbeiterschaft zu größerem Einfluß zu verhelfen.

Für die Zukunft wird es bei allen die Arbeiterschaft allein betreffenden Fragen wesentlich sein, ob die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands hinter diesen Forderungen steht und ob gemeinsam das Erreichbare erstrebt wird. Ein solches Zusammenwirken müßte bei der Arbeiterschutzeschöpfung, der Arbeiterversicherung und allen die Gewerkschaften betreffenden Problemen möglich sein. Weiter wird es darauf ankommen, ob die Parteien, die Arbeiterwähler besitzen, auch wirklich eine Politik treiben, die diesen einen Einfluß auf die staatliche Gesetzgebung ermöglicht. Nicht auf Nebenhalten kommt es hier an, sondern auf Taten. Hoffentlich haben hier die Vergangenheit und der Weltkrieg belehrend gewirkt. Es wäre im Interesse der deutschen Arbeiterschaft gelegen, wenn der realen Wirklichkeit Rechnung getragen würde und Phrasen aus der Agitation möglichst verschwänden.

Darauf wird es denn für uns Arbeiter bei der sogenannten Neuorientierung ankommen? Versuchen wir einige Punkte aufzuzählen. Am Schlusse des Krieges kehren Millionen in das Zivilleben zurück. Daß diese halbwegs Arbeitsgelegenheit finden und nötigenfalls Arbeit beschafft wird, ist von größter Bedeutung. Jetzt im Kriege sind vielfach Frauen und Mädchen an die Stelle von Männern getreten. Die Arbeiterschutzesetze, die weiblichen Personen das Arbeiten in bestimmten Betrieben verbieten oder die eine bestimmte Arbeitszeit vorschreiben, müssen so bald als möglich wieder in Kraft treten. Wenn notwendig, darf von neuen Maßnahmen nicht zurückgeschreckt werden. Die Kriegsdienstverweigerer dürfen nicht zu Lohnbrüdern werden. Daher im Rahmen der möglichen Beschäftigung von Unterführungen und Verbänden der Ausbeutung durch die Unternehmer, Förderung der Tarifbewegung und Schaffung eines Reichsarbeitsamts, das bei Lohnbewegungen und Lohnkämpfen die Initiative ergreift und bei bestehenden Tarifverträgen für schnelle Erledigung der Streitigkeiten sorgt. Eine Zentralisierung und Schaffung einheitlicher Arbeitsnachweise ist vor dem Kriege oft gefordert worden und ist nach Beendigung des Krieges notwendig, denn ja. Weiterer Ausbau der Arbeiterschutzesetze und besseren Schutz in den einzelnen Betrieben. Ein derartige einheitliche

Schriften für das ganze Reich betreffs Bauarbeiter...

Aber auch auf dem Gebiete der Politik kann die Arbeiterschaft mit guten Gründen einige Reformen fordern...

Nach dem Kriege zieht hoffentlich auch ein anderer Geist in die Verwaltung ein. Wer in der Arbeiterbewegung gestanden hat, der weiß, wie gerade in dem Umgang mit Beamten der Klassen- und Kastengeist sich auswirkte...

Zum Schluß sei hier noch auf das Kommunalwahlrecht hingewiesen. Es ist eine Kopie des preussischen Dreiklassenwahlrechts. Gewiß, ein Unterschied besteht, in dem einen überwiegt der Einfluß der Grundbesitzer, und in dem andern herrscht das mobile Kapital...

Schon diese kurze Aufzählung zeigt, wie es auch im Interesse der Arbeiterschaft auf soziale und wirtschaftliche Reformen ankommt. Dessen können wir gewiß sein, daß uns nicht von fern in den Krieg fällt...

Unsere Schulentlassen

Zu Ostern werden viele Tausende junge Menschen aus der Schule entlassen. Sie treten in den Kampf ums Dasein, und da entsteht die Frage: was soll aus ihnen werden?

Die Beantwortung dieser Frage ist heute nicht so einfach. Der Vater fehlt vielfach. Er steht in Feldesland. Auf der Mutter ruht die Sorge des Haushalts allein. In zahlreichen Fällen ist der Vater tot oder kriegsverletzt...

Arbeitskräfte werden heute allorts gesucht. So bietet sich auch für die Schulentlassen leichter Gelegenheit Arbeit zu finden, wie in Friedenszeiten. Dazu ist die Aussicht auf lohnenderen Verdienst größer als unter normalen Verhältnissen...

kann nur in einer jahrelangen gründlichen Lehrzeit erlernt werden.

Ebenso große Gefahren entstehen für den jungen Menschen, wenn er von der Erlernung eines Handwerks absteht. Gewiß verdient er für den Augenblick mehr, aber doch nur auf Kosten seiner Zukunft. Die Jahre der gelehrten Arbeiter sind immer höher gewesen als die der ungelerten und werden es in Zukunft auch bleiben...

In welchem Umfange die Gefahr der Nichterlernung eines Handwerks besteht, geht daraus hervor, daß zum Beispiel in Berlin die Zahl der Lehrlinge von 42 000 auf 7000 gefallen ist. Das ist geradezu eine erschreckende Lücke, von unberechenbarer Tragweite für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.

Es soll darum Pflicht jedes einzelnen sein, seinem Sohn um augenblicklicher Vorteile halber nicht die Zukunft zu verscherzen. Jeder soll sein Kind einen Beruf erlernen lassen. Gewiß erfordert dies augenblicklich Opfer, die infolge des Not um so härter empfunden werden. Man muß jedoch trotz allem weiterdenken. Ungelernte Arbeit kann jeder machen, umgekehrt dagegen geht es nicht. Freilich muß gefordert werden, daß die Lehrherren ihren Lehrlingen in größerem Umfange entgegenkommen. Dies ist die an die Lehrlinge gezahlte Entschädigung viel zu gering. Es liegt sowohl im Interesse des Handwerks wie der Aufrechterhaltung unserer hochstehenden Fertigungsindustrie, daß ein tüchtiger, gelehrter Nachwuchs erhalten bleibt...

Minderung unserer Lebensmittellration

Amlich wird mitgeteilt: Die bereits in der Presse bekanntgegebenen, mit Rücksicht auf das Ergebnis der am 15. Februar ausgeführten Getreidebestandsaufnahme, das erheblich niedriger, als erwartet wurde, ausgefallen ist, bis die Zahlen der angeordneten Nachprüfung endgültig feststehen, zu einer Einschränkung des Brotgetreideverbrauchs geschritten werden. Demgemäß hat das Kuratorium der Reichsgetreidekasse in seiner Sitzung am 23. März mit Zustimmung des Direktoriums mit Wirkung vom 15. April d. J. beschlossen:

- 1. Herabsetzung der täglichen Mehlration von 200 Gramm auf 170 Gramm.
2. Herabsetzung der von Selbstversorgern zu verbrauchenden Getreidemenge von 9 Kilogramm auf 6 1/2 Kilogramm monatlich.
3. Kürzung der den Kommunalverbänden für Schwere- und Schwerstarbeiterzulagen zugewiesenen Mehlmenge um 2 Prozent.
4. Streichung der Jugendbrotzulagen.

Es ist Sorge getroffen, daß, wenn diese Einschränkungen Platz greifen, die Kartoffelrationen wieder völlig den Vorschriften entsprechend geregelt werden können. Es sind auch Maßnahmen getroffen worden, um die Ernährung der Bevölkerung zu sichern. In einzelnen Fällen sind die Rationen von Getreidevorräten zu decken, werden zum Teil für Lebensmittel, besonders für Mehl, besondere Maßnahmen getroffen. Im übrigen wird die Bevölkerung durch die Verteilung von Brot, das aus dem Vorrat der Reichsgetreidekasse besteht, unterstützt.

Störungen in der Getreide- und Mehlbelieferung in einzelnen großen Städten auf die Verteilungsschwierigkeiten und Mängel bei den lokalen Organisationsmaßnahmen zurückzuführen seien. Die neueste Bestandsaufnahme vom 15. Februar habe nicht vollständig sein können, weil noch viel ungebrochenes Getreide vorhanden war. Die Nachprüfungen seien noch nicht abgeschlossen. Voraussichtlich sei ein Fehlbetrag vorhanden, der es notwendig mache, die Mehlration von 200 auf 170 Gramm herabzusetzen. Infolge dessen und wegen Fehlens der Streckungsmittel werde die Einschränkung der Brotetwas über 20 Prozent betragen. Die Zulagen für jugendliche Mithelfer fortfallen, die für Schwere- und Schwerstarbeiter usw. um 25 Prozent gekürzt werden, ebenso die Rationen der Selbstversorger. In vier bis sechs Wochen würde sich übersehen lassen, ob schon vor der neuen Ernte eine Aufhebung der Herabsetzung möglich sei, die dann sofort erfolgen solle. Das werde auch davon abhängen, wieviel aus Rumänien herbeikomme, da Streckungsmittel nicht vorhanden seien. Die Nachprüfung der Volkszählung sei noch nicht abgeschlossen, nachgemeldet sei bereits eine halbe Million Menschen, sie habe aber ergeben, daß zweifellos große Unterschleife und Schielesungen stattgefunden hätten, an manchen Orten wurde viel mehr Mehl verbraucht, als gerechtfertigt war. Die infolge des Frostwetters als Kartoffelertrag notgedrungen gewährte Mehlmenge habe annähernd 100 000 Tonnen betragen. Der Hauptfehlbetrag sei auf schlechten Ausfall der Ernte und auf Verfeuerung zurückzuführen. Die verfeuerte Menge sei nicht groß zu sein, im allgemeinen sähe die Landbevölkerung eine Vergeubung des Brottorns. Die Kartoffelbestandsaufnahme sei infolge des Frostes noch nicht abgeschlossen. Soweit sie geblieben sei, habe sie ein im Verhältnis zur schlechten Ernte günstiges Resultat ergeben. Der Frostschaden sei nicht sehr groß zu sein. Es werde möglich sein, die volle Ration von 5 Pfund pro Woche zu gewähren. Die Vorräte seien voraussichtlich erheblich größer als im Vorjahr. Die Herabsetzung der Brotration solle erst eintreten, wenn die Kartoffelbelieferung voll im Gange sei. Als Ersatz für die verringerte Brotration werde eine Fleischzulage von 250 Gramm gewährt werden. Die durch Hauschlachtungen Selbstversorgern erhalten keine Zulage. Aus der preussischen Staatskasse soll ein Zuschuß von 0,70 Mark pro Kopf gewährt werden und außerdem den Regierungspräsidenten noch ein Zuschuß für besonders leistungsschwache Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Den Kommunen bleibe die Verwendung dieser Gelder für die Kinderhermittelten überlassen. Kinder unter 8 Jahren erhalten aus der halben Fleischzulage. Der verstärkte Eingriff in die Viehbestände sei notwendig und werde diese auch nicht ruinieren, da das Ergebnis der letzten Viehzählung günstig sei.

Wissenschaftliche Untersuchungen der Arbeitsvorgänge

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hat eine Stelle begründet, in der die Arbeitsvorgänge wissenschaftlich untersucht werden sollen. Hubener, der Leiter dieser Untersuchungsstelle, führte in einer Denkschrift aus, daß mit dem Fortschritt der Kultur die mechanische Kraft des Menschen für die Arbeit an Bedeutung verliert, während sein Verstand, seine Willensschulung und Wahrnehmungsfähigkeit eine immer größere Rolle zu spielen bestimmt sei. Die Arbeitsteilung, die Ueberwindung der Maschinen bedingte Mühsamkeit, Geschicklichkeit und Gewissenhaftigkeit. Das Institut will die körperlichen und geistigen Leistungen des Menschen in den verschiedenen Lebensaltern in großen Zügen feststellen. Auch der Einfluß der Umwelt, der Räume der Temperatur, der Luftreinheit, der Kleidung und ähnliches soll festgestellt werden. Die Leistungen hängen auch sehr viel von dem Ernährungsstand des Menschen ab, was besonders fest steht im Gemüth fällt. Gegen Ueberarbeitung und die mit ihr verbundenen Veränderungen im Körper ist gute Nahrung das beste Heilmittel. Arbeit ohne genügende Ernährung führt zum Körperverfall. Das Arbeitsgebiet des Instituts ist dreifach: es umfaßt die Physiologie (Lehre von den normalen Lebensvorgängen), die Pathologie (Krankheitslehre) und die Hygiene (Gesundheitsschutz) der Arbeit. Das Institut hat drei getrennte Abteilungen: die physiologische Abteilung (u. a. für die Ernährungslehre), die pathologische physiologische (für Messungen, besonders des Kreislauforgans und der Ernährung) und die sozialhygienische (zur Feststellung der Bedeutung der Vorkommnisse aus dem praktischen Leben). Die Untersuchungen der Ernährung werden in drei Stufen abgeleitet: 1. Die Ernährung des gesunden Menschen, 2. Die Ernährung des kranken Menschen, 3. Die Ernährung des arbeitenden Menschen.

Es besonders wichtig für die Ermittlung der höchsten Leistungsfähigkeit des Arbeiters erscheint die Ermüdung und ihre beste Bekämpfung durch richtig angeordnete Ruhepausen und „Ausspannen“ der angespannten Muskeln.

Die Werkzeuge der menschlichen und tierischen Bewegungen sind die Muskeln, von denen es verschiedene Arten gibt. Die willkürlichen Muskeln gehorchen unserem Willen, die glatten (Magen, Darm und andere Eingeweide) vollführen ihre Tätigkeit, ohne daß wir Einfluß auf sie haben, ja oft ohne daß wir überhaupt etwas davon merken. Die willkürlichen Muskeln bestehen aus Bündeln langer, dünner Muskelfasern. Die eigentliche Muskelfsubstanz hängt durch die Sehnen, strangartige Gebilde aus Bindegewebe, mit den Knochen zusammen, zu deren Bewegung sie dienen. Der Muskel soll durch seine Bewegung zwei Punkte einander nähern. Er erreicht dies dadurch, daß er sich zusammenzieht. Dabei wird er kürzer und dicker, behält aber sein Gesamtvolumen. Hört der Reiz zur Tätigkeit auf, so erschläft der Muskel wieder und kehrt von selbst in seine ursprüngliche Lage zurück. Die mechanische Arbeit, die der Muskel bei seiner Zusammenziehung leistet, zeichnete zuerst im Jahre 1848 Helmholtz durch ein Myographion (einen Muskelschreiber) selbsttätig als Kurve auf. Der Grad der Zusammenziehung eines Muskels, seine Subhöhe, richtet sich nach der Reizung und der Belastung des Muskels, aber auch nach seiner physiologischen und gesundheitlichen Beschaffenheit. Alle die Messungen durch Myograph, Arbeitssammler u. a. Apparate aber messen immer nur Höchstanstrengungen, Einzelleistungen, nicht die Leistung mechanischer Arbeit während einer längeren Zeit.

Kein lebender Körper kann auf längere Zeit andauernd die gleiche Leistung vollbringen. Seine Leistungsfähigkeit läßt mit der Zeit nach und hört schließlich ganz auf (Erschöpfung): die Subhöhe des Muskels nimmt mit zunehmender Ermüdung immer mehr ab, bis sich schließlich der erschöpfte Muskel gar nicht mehr zusammenzieht. Aber die Leistungsfähigkeit des Muskels kann wieder hergestellt werden, wenn eine Pause in den Bewegungen eintritt. Der einzelne Muskel bedarf der Erholung, genau wie der gesamte Körper. Die Messung der Ermüdung am lebenden Körper wird ermöglicht durch den schon erwähnten Ergometer des italienischen Physiologen Woffa. Durch ihn läßt sich z. B. auch die Einwirkung von Ernährungsunterschieden und geistiger Ermüdung auf die Körperarbeit feststellen.

Die Ursache der Ermüdung ist ein chemischer Vorgang, eine chemische Veränderung der Stoffe, gewisse Stoffe werden verbraucht und chemisch verändert. Sie sind dann dem Körper schädlich und müssen ausgeschieden werden. Dr. W. Weichardt spricht sogar von einem Ermüdungsgift (Kenotoxin), das er im Körper ermüdeter Tiere gefunden habe. Unter gewöhnlichen Verhältnissen besorgt der Blutkreislauf im lebenden Körper die Ausscheidung dieser Ermüdungsgifte oder Schlacken und führt auch dem Muskel die ihm notwendigen Erfrischungsstoffe aus der Nahrung zu. Dauert aber die Tätigkeit und ist sie sehr angestrengt, dann sind gewisse Erholungspausen notwendig, in denen sich die Ausscheidung und Ergänzung der verbrauchten Stoffe möglichst ungehindert vollziehen können. Langandauernde Arbeit ohne Pause vermindert die Leistungsfähigkeit, weil sich die Muskeln mit Ermüdungsgift sättigen, zu dessen Beseitigung der Blutkreislauf nicht ausreicht. Läßt man dagegen kleinere Pausen eintreten, so scheiden sich die zerlegten, der Gesundheit des Menschen schädlichen Stoffe teilweise ab, in einer größeren Ruhepause entsprechend gründlicher. Je länger die Arbeitsperiode ist, um so länger muß auch die darauf folgende Ruhepause sein. Von besonderer Bedeutung für die Ermüdung ist nach Woffa's Versuchen die Frage der Häufigkeit der Muskelzusammenziehungen bei gleicher Größe des Gewichtes, d. h. der Ruhepausen zwischen je zwei Hebungen.

Bei einem der Versuche wurde beispielsweise ein Gewicht von 6 kg jede Sekunde einmal gehoben; die Muskeln der Versuchsperson waren bereits nach 15 Zusammenziehungen erschöpft. Die Messungen der Subhöhen ergaben dabei eine Gesamtleistung von nur 0,912 mkg. Läßt man zwischen je zwei Zusammenziehungen eine Pause von zwei Sekunden, so wurde das Resultat schon etwas besser. Die Kraft reicht für 18 Zusammenziehungen und die Leistung liegt auf 1,08 mkg. Bei Pausen von vier Sekunden liegt die Zahl der Zusammenziehungen auf 31, die geleistete Arbeit auf 1,842 mkg. Bei Pausen von zehn Sekunden kam es überhaupt nicht zu Ermüdungsercheinungen. Der Blutkreislauf hatte reichlich Zeit, die Ermüdungsgifte immer abzuführen und die verbrauchte Substanz zu ersetzen. Namentlich stellte es sich bei diesen Versuchen auch heraus, daß man auch Muskeln nie bis zu völliger Erschöpfung kommen lassen dürfe, und daß die letzten Zusammenziehungen vor der Ermüdung besonders schädlich seien. Läßt man ihn

Am Sonntag, den 1. April, ist der fünfte Wochenbeitrag fällig.

kürzerer Zeit wieder, als wenn er bis zur Erschöpfung ausgebeutet wird.

In der Praxis kommt es nun darauf an, daß es zu einer Erschöpfung einzelner Muskeln bei der Arbeit gar nicht kommen kann. Bei zweckmäßiger, wohlüberdachter Ausarbeitung der für bestimmte Arbeiten erforderlichen Handgriffe fallen ohne sie alle ermüdenden, unnötigen Nebenbewegungen fort, und die schnellere Vollendung des Werkes macht die Einführung von mehr oder längeren Pausen wirtschaftlich. Nur auf diese Weise tritt der Arbeiter in den vollen Genuß seiner Mehrarbeitsleistung. Der Erfolg seiner größeren Geistes- und Nervenanspannung kommt dann nicht dem Unternehmer zugute, sondern ihm selbst, seiner Gesundheit und ferneren Leistungsfähigkeit. Die Lohnerhöhung ist ja auch sehr wünschenswert für ihn, darf aber nie auf Kosten seiner Gesundheit kommen. Krankheitsverhütung ist mehr wert, als der beste Spezialarzt.

Der Einfluß der Luftverhältnisse und der Temperatur auf die Arbeit darf auch nicht unterschätzt werden. Bekannt ist, daß der arbeitende Muskel mehr Sauerstoff braucht, als der ruhende; daß der arbeitende Organismus die Nährstoffe in ganz anderer erhöhter Weise umsetzt, als wenn er sich im Zustande der Ruhe befindet. Als in den Straßen Groß-Berlins Schüler als Kriegs-Schneeschauer Dienst taten, da konnte manche Mutter mit ihrem schmalen Kriegszettel die Jungen kaum „satt“ kriegen. Aber die Arbeit in der frischen Luft war ihnen zuträglich, der erhöhte Sauerstoffverbrauch diente zur schnelleren und gründlicheren Ausscheidung der Schlacken; nur muß eben durch geeignete Ernährung Ersatz geschafft werden. Beim Arbeiten in geschlossenen Räumen ist die richtige Ventilation, die richtige Temperatur von größtem Einfluß auf die Arbeitenden. Es muß jeder Zwang, jedes Unbehagen wegfallen, wie es z. B. auch durch ungewöhnliche Kleidung erzeugt werden kann. Unnötige Anstrengung kann auch eine ungewöhnliche Sitzgelegenheit, ein unbequemer Standplatz an der Werkbank und dergleichen verursachen.

Alles dies verbraucht unnötig Kraft, die besser der Arbeit zugute kommt oder aufgespart wird. Ist dann durch Ausschaltung aller unnötig ermüdenden Nebenbewegungen und Hemmungen die beste Arbeitsmethode erkannt und erzielt worden, so steigert sich deren Ertrag durch Übung immer mehr, zum Teil sogar bedeutend. Die regelmäßige Wiederholung ergographischer Versuche hat dies ganz bewiesen. Durch Übung wird die Muskulatur leistungsfähiger. Wird die Übung auf eine Woche oder auf länger unterbrochen, so sinkt die Leistungsfähigkeit wieder etwas. Auf dieser Beobachtung beruht u. a. das „sportliche Trainieren“ für bestimmte Tätigkeiten. Auch bei geistiger Arbeit ist eine Steigerung durch Übung, ein Trainieren des Nervensystems, möglich; auch hier müssen genügende Erholungspausen eingeschoben werden und die Körperernährung darf nicht ungenügend sein. Der Ausschaltung unnötiger Mühen und Nebenbewegungen bei der Körperarbeit entspricht für die Geistesarbeit jede Vermeidung unnötiger Umwege der Denkprozesse und unnötigen Gedächtnisballastes.

Das Institut für Arbeitsphysiologie packt diese Probleme alle von der wissenschaftlichen, d. h. rein sachlichen Seite an. Als Ausgangspunkt seiner Forschungen dient ihm nur das Wesen der Arbeit. Eine neue, auf wissenschaftlicher Grundlage beruhende Arbeiterorganisation soll aus diesen Forschungen entstehen und zuletzt auch dem Wirtschaftsleben und damit der Volkswirtschaft zugute kommen.

F. A. W.

Allgemeines

Auf wen kommt es an? Die letzte Kriegsanleihe ist aufgelegt. Der Erfolg muß ein glänzender werden. Mancher glaubt aber immer noch, auf ihn komme es nicht an. Daß dies nicht so ist, daß es im Gegenteil auf die kleinen Zeichner in erster Linie mit ankommt, zeigt uns folgende Zusammenstellung: Die Zahl der Zeichner betrug

bis 500 M.	9 198 274 M.
von 500 — 2000 M.	5 243 575
2100 — 10 000 M.	2 077 324
10 000 — 100 000 M.	371 593
100 000 — 1 000 000 M.	31 205
über 1 000 000 M.	2 364

Der Betrag der gezeichneten Summen ergab:

bis 500 M.	13,9 Milliarden
von 500 — 10 000 M.	4,4
10 000 — 100 000 M.	11,4
100 000 — 1 000 000 M.	8,4
über 1 000 000 M.	61

Brauchen wir zu diesen Zahlen noch ein Wort hinzu-zufügen? Nein, sie reden etne mehr wie deutliche Sprache: Auf die kleinen Zeichner kommt es in erster Linie mit an. Wir brauchen den Sieg. Dazu gehört Geld. Wer Geld hat, hat die Pflicht dieses dem Vaterland zur Verfügung zu stellen.

Die 45 Jährigen aus der Front. An den Reichstagsabgeordneten Dr. Müller-Meinungen ist der folgende Erlaß des preussischen Kriegsministeriums vom 24. Februar 1917 ergangen:

„Euer Hochwohlgeboren teilt das Kriegsministerium an, die Vorstellung vom 25. Januar 1917, betreffend Zurückziehung des Jahrganges 1873 aus der Front, ergeht mit, daß die Zurückziehung aller Mannschaften über 45 Jahre, die länger als sechs Monate im Felde stehen, aus der vorderen Linie seit geraumer Zeit angestrebt und auch weiterhin betrieben wird, soweit diese Verwendung nicht dem ausdrücklichen Wunsche des einzelnen entspricht. Auch Ihr Gewährsmann, dessen Klagen das Kriegsministerium nur näher treten kann, wenn bestimmte Angaben über den Namen und den Truppenteil gebracht werden, wird nach Vollendung seines 45. Lebensjahres entsprechend dieser Bestimmung aus dem Frontdienst abgelöst werden.“

Die Wirkungen des U-Boot-Krieges auf den Außenhandel Amerikas sind jetzt schon in erheblichem Umfange bemerkbar. Gegenüber dem Januar sank die Ausfuhrhiffer im Februar um 147 Millionen Dollar, die Einfuhrhiffer um 42 Millionen Dollar. Dies macht die Nervosität der Amerikaner begreiflich, am Geldbeutel sind sie sehr empfindlich. Es muß aufhören, daß sie aus deutschem Blut ihre Sündergewinne ziehen können.

Eine herbe Verurteilung der Preisarbeitspolitik spricht ein führender Landwirt der Provinz Sachsen mit folgenden Worten aus: „Wenn man den Landwirt, wie bisher, aufbietet und durch die Preise anreizt, mehr Vieh zu halten, als seinem Futter entspricht, so liegt darin unverhalten die Aufforderung, Kartoffeln und Brotgetreide zu verfüttern. — Wenn die Preise für verkauftes Schlachtwieh in das richtige Verhältnis gebracht werden, so muß man aber auch unbedingt dafür sorgen, daß die Selbstversorgung durch Hauschlachtungen nicht einen Strich durch die Rechnung macht. Jeder Selbstversorger vertwertet von vornherein die vorhandenen Futtermittel noch erheblich höher, als wenn er die Tiere zum Verkauf bringt und Fleisch kauft, da er die ganzen Zwischenkosten — Handel, Transport, Schlachter — spart. Wenn aber, wie es jetzt geschieht, eine große Zahl Selbstversorger hinzukommt, die bereit ist, für eine besonders gute Versorgung jeden Preis auszugeben — Leute, die heute heimlich besorgte Schinken mit 10 M das Pfund bezahlen — so haben die Futtermittel in ihrer Bewertung, nach oben hin für solche Selbstversorger überhaupt keine Grenzen. Es ist nicht zu verstehen, wie man einen solchen Zustand dulden kann. Während man auf der einen Seite die strengsten Maßnahmen trifft, um zu verhindern, daß jemand durch höhere Preise sich etwa mehr Brot oder Kartoffeln oder dergl. beschafft, läßt man bei der Selbstversorgung völlig das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte schalten, und bringt zu Gunsten einer kleineren Zahl wirtschaftlich stärkerer Kreise der Bevölkerung, die Versorgung der minderbemittelten Klassen direkt in Gefahr.“

Der Oldenburg. Die Briefe des Kammerherrn von Oldenburg-Janschau sind bekannt und „berühmt“ wegen ihres unheilvollen Einflusses auf unsere Ernährungspolitik. Auf der Vollversammlung der Westpreussischen Landwirtschaftskammer hat er neuerdings wieder seiner Abneigung gegen unsere Ernährungspolitik Ausdruck gegeben. Den neuen Wirtschaftsplan des Kriegsernährungsamtes bezeichnete er als bedenklich, die Pläne des preussischen Staatskommissars Dr. Michaelis für verbesserlich. Würden diese durchgeführt, würde die Landwirtschaft wohl nicht mehr lange produzieren. Obwohl er zugab, daß die Not in den Städten groß sei, berontwegen den Landwirten sich das Herz im Leibe herum-drehe, (sien sie die Landwirte) nicht in der Lage zu helfen, da ihnen die Hände gebunden seien. „Wir sind gezwungen, auf unserem eigenen Grund und Boden die Kartoffeln mit dem Revolver zu verteidigen.“ Er kam wieder auf den Rat hinaus: Gebt dem Handel Freiheit und zahlt hohe Preise, dann bekommen die Verbraucher alles, was sie benötigen. — Ist's nicht bald angebracht, den Mann in Schutzhaft zu nehmen?

Reue abscheuliche Strafe. In Graubenz wurde der Kaufmann Erntisch wegen Lebensmittelwuchers zu 50 500 M Geldstrafe verurteilt. Er hat vor einigen Jahren Danterkott gemacht, er behauptet den Krieg, um sich „geilund“ zu machen. An einem Umsatz im Werte von einer Million Mark verbrachte er 300 000 Mark. Nach Abzug der Strafe hat er mithin immer noch 240 500 Mark erübrigt, sein Wucherergeschäft war mithin von ganz außergewöhnlichem Vorteil für ihn. Derartige Strafen können daher auch nicht abschreckend wirken. Solange nicht der ganze Wucherergewinn restlos eingezogen und der Wucherer auf Jahre ins Anstaltshaus gesteckt wird, ist eine durchgreifende Besserung nicht zu erwarten.

Der Bergbauische Verein für höhere Lebensmittelpreise. Aus Anlaß der Preisregulierung für die Produkte neuer Ernte hat der Bergbauische Verein folgendes Telegramm an Herrn von Hatten geschickt: „Die Interessen der Ernährung der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes über die in der letzten Sitzung des unterzeichneten Vorstandes eine erneute Ausdrucksfindung hat, führen wir uns beschleunigt bei Ihrer Excellenz und ersuchen eine entsprechende Erhöhung der Kartoffel- und Getreidepreise zu bewilligen, und bitten um sofortige Bestätigung, um die unbedeutendsten

erhöhten Frühlingsbestellung noch verfügbaren Bestände für die menschliche Ernährung sicherzustellen. Den gleichen Zweck durch eine die Erhaltung ausreichender Viehbestände gefährdende Senkung der Viehpreise anzustreben, halten wir im Hinblick auf die Notwendigkeit einer nachhaltigen Fleisch- und Fettversorgung der städtischen Bevölkerung für bedenklich. Wir empfehlen, Verbrauchsgebiete, wie Rheinland-Westfalen, die Festsetzung des Verkaufspreises der im ihrem Bezirke geernteten Kartoffeln frei zu geben, um unter möglichst geringen Verbandschwerlasten die Versorgung der größten Verbrauchsgebiete, insbesondere ihrer Winterversorgung sicherzustellen. Es kommt für den Verbraucher mehr auf das Vorhandensein, als auf den Preis der Ware an. Der bisherige Misserfolg des Versuches, gegen die Natur der landwirtschaftlichen Verhältnisse zu regieren, ist zu groß, als daß die weitere Fortsetzung dieses Versuches verantwortet werden könnte. Sie verbietet sich ebenso im Interesse der darunter schwer leidenden Verbraucher, wie unter dem Gesichtspunkte, daß von der ausreichenden Versorgung der Industriebevölkerung die Aufrechterhaltung der Betriebe des Bergbaues und der übrigen Kriegsindustrie abhängt."

Wenn die Herren vom Bergbauischen Verein doch auch hinzugefügt hätten, sie seien bereit, für die Preissteigerung ausgleichende Lohn erhöhungen zu zahlen. Darüber schweigen sie sich jedoch aus, sie leisten vielmehr den Lohn erhöhungen nach Möglichkeit Widerstand.

Kriegsanleihe und Deutsche Volksversicherung

Wieder wendet sich das Reich mit einer neuen, beschleunigten Kriegsanleihe an das deutsche Volk. Wer den baldigen Frieden will, zeichnet die Anleihe mit einem möglichst hohen Betrag. Jetzt gilt's mit deutscher Siegesübermacht den Vernichtungswillen unserer Feinde siegreich zu brechen, nachdem unser aufrichtiges Friedensangebot höhnisch zurückgewiesen ist.

Die Bedingungen der Anleihe sind bei 5 Prozent Zinsen und einem Kaufpreis von 98 M für 100 M wieder sehr günstig.

Allen Zeichnungslustigen, die nicht über größere Vermögen verfügen, bieten wir mit Hilfe der Kriegsanleiheversicherung unserer gemeinnützigen Deutschen Volksversicherung die Möglichkeit, das Bierfache ihres verfügbaren baren Geldes im vaterländischen Interesse zu zeichnen. Den Rest streckt die Deutsche Volksversicherung vor; er wird mittels der Kriegsanleiheversicherung, also mit kleinen Beiträgen zurückgezahlt, so daß der Zeichner für sich und seine Familie den vollen Zeichnungswert, die hohe fünfprozentige Verzinsung, die Gewinne aus der Versicherung und auch den etwaigen Kursgewinn der Anleihe sicherstellt.

Diese neue Einrichtung, die sicherlich vielen unserer Leser willkommen ist, soll das folgende Beispiel erläutern: Ein 25-jähriger Leser hat ein etwa mit 3 1/2 Prozent verzinsliches Sparkassenguthaben von 125 M, das er im Bewußtsein seiner Mitverantwortung für den Sieg zur Zeichnung der fünfprozentigen Kriegsanleihe benutzen will. Er zahlt also diese 125 M an unsere Volksversicherung auf ihr Postkonto Berlin Nr. 16 465 ein und bewirkt sie gleichzeitig, für ihn den vierfachen Betrag seiner Einzahlung auf die fünfprozentige Kriegsanleihe zu zeichnen. Da der Kaufpreis nur 98 M für 100 M Nennwert beträgt, bleibt ein nicht eingezahlter Rest von 340 M, der ihm vorgestreckt wird.

Diesen Voranschuss zahlt er nach seiner Wahl durch monatliche oder vierteljährliche Beiträge mit Hilfe der Kriegsanleiheversicherung nach dem vorteilhaftesten Tarif II unserer Volksversicherung zurück, die er in Höhe des Voranschusses von 340 M auf sein Leben oder auf das Leben seiner Ehefrau oder eines seiner Kinder im Alter über sieben Jahre nimmt, und zwar auf 15-jährige Dauer.

Bis zur Rückzahlung verpfändet er die Rechte aus seiner Versicherung sowie seine Kriegsanleihe, die in sein Eigentum übergeht, unserer Volksversicherung zur Sicherung des Voranschusses.

Die Kriegsanleihe wird dann nach Ablauf der Versicherungsdauer oder nach etwaiger früherer Tode ausgehändigt, da der Voranschuss auch bei dem vorzeitigen Tode des Versicherten als gut gilt, sobald die übliche kurze Wartezeit nach den allgemeinen Versicherungsbedingungen erfüllt ist.

Für den Voranschuss hat der Zeichner keine Zinsen zu zahlen; es findet hier Zinsausgleich statt. Auf seine Barzahlung von 125 M vergütet ihm das Reich unsere Volksversicherung die Zinsen der letzten Kriegsanleihe schon vom Tage des Zeichnungsbogens ab in der Höhe, daß sie die Beiträge entsprechend trägt.

Sollte der Zeichnerfall innerhalb der Wartezeit eintreten, oder soll der Zeichner die Zeichnungsbetrag zurückgeben, so vergütet ihm unsere Volksversicherung den Zeichnungsbetrag für seine volle Kriegsanleihezeichnung, nämlich der Zeichnungsbetrag plus Zinsen aus seiner Kriegsanleihezeichnung und Zinsen des Voranschusses, so wie er sich zu dem Zeitpunkt, dem er zurückgegeben wird, stellt.

Der Zeichner kann bei Kriegsanleihezeichnung jederzeit bei einem oder mehreren Zeichnungsbögen für sich oder für andere Personen eine beliebige Anzahl von Zeichnungsbögen einreichen, die er dann nach Wunsch in einem oder mehreren Zeichnungsbögen zusammenfassen kann.

Die Zeichnungsbögen sind bei jeder Zeichnung anzufügen. Die Zeichnungsbögen sind bei jeder Zeichnung anzufügen. Die Zeichnungsbögen sind bei jeder Zeichnung anzufügen.

Konferenz im Kriegsernährungsamt

Auf Grund der von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden an den Reichskanzler und das Kriegsernährungsamt gerichteten Eingaben zur Reform unserer Lebensmittelversorgung fand im Kriegsernährungsamt eine ungewöhnliche Konferenz statt, an der neben Vertretern der Gewerkschaften und der Angestelltenverbände, des Kriegsernährungsamts und des Kriegsernährungsamt-Expertenrat, General Eröner und Unterstaatssekretär Witschels teilnahmen. In der eingehenden Aussprache verurteilten die Arbeitervertreter auf die zutage getretenen schweren Mängel unserer Volksernährung. Sie wiesen mit Nachdruck darauf hin, daß es den Verdorbenen des Kriegsernährungsamts an der erforderlichen Durchsicht fehlt, wodurch der Schleichhandel und sonstige Mißstände sich erst in dem heutigen Umfange entfalten konnten. Eine Verbindung des Kriegsernährungsamts mit dem Kriegsernährungsamt sollte ihm zur Herbeiführung einer besseren Verwaltung fähig zu starker Verbitterung der Verbraucher. Wenn alle gleich hungern müßten, würden die Schwierigkeiten leichter getragen wie heute. Dem unrechtmäßigen Verbrauch unserer Lebensmittel, zum Beispiel der Verschwendung, müsse mit stärksten Mitteln entgegengetreten werden. Die noch vorhandenen Lebensmittel seien auf schnellstem Wege in die öffentliche Hand zu bringen, um sie gegen unrechtmäßigen Verbrauch sicherzustellen. Die Organisation zur Erfassung der Produktion müsse gründlich durchgeleitet werden, ebenso die Rationierung. Der vorhandenen Unzufriedenheit müsse durch gezieltes Zuführen gesteuert werden. Eröner wies darauf hin, daß das Kriegsernährungsamt bereits heute in unrigoröser Verbindung mit dem Kriegsernährungsamt stehe. Es habe seine Vertretung im Vorstand des Kriegsernährungsamts und sei zu jeder Unterstützung der Maßnahmen des Kriegsernährungsamts bereit, zu der es aufgefordert werde. Weitere Aufgaben zu übernehmen wäre das Kriegsernährungsamt jedoch nicht in der Lage, da sein heutiger Aufgabentrakt bereits so umfangreich sei, daß alle verfügbaren Kräfte davon in Anspruch genommen würden. Unterstaatssekretär Witschels erklärte, daß über die Getreidebestandsaufnahme noch keine endgültigen Resultate vorlägen. Ueber die Kartoffelbestandsaufnahme, die am 1. März stattfand, könne auch noch keine vorläufige Uebersicht gegeben werden. Man dürfe sich jedoch keiner Illusion über die vorhandenen Vorräte hingeben. Die Bestände seien knapp, aber es würde alles geschehen, um die vorhandenen Bestände für die Volksernährung zu sichern. Auf dem Gebiet der Milch-, Butter- und Eierlieferung sei in der nächsten Zeit eine Besserung zu erwarten, da einerseits eine Steigerung der Produktion dieser Lebensmittel zu erwarten sei, andererseits eine durchgreifendere Organisation zu ihrer besseren Erfassung im Werden begriffen ist. Dem Schleichhandel werde mit aller Rücksichtslosigkeit entgegengetreten werden. Eröner teilte mit, daß in der nächsten Zeit die aufgestapelten Vorräte an Lebensmitteln wie Feigwaren und Getreide, sowie Sauerkraut in größeren Mengen zur Verfügung gestellt würden. Auch eine Erhöhung der Fleischration sei für die schwierigsten Monate in Aussicht genommen. Bezüglich einer besseren Kartoffelversorgung konnte er keine Zusicherungen geben. Da in den letzten etwas erfrorenen Kartoffeln sollen auf dem Wege der Trocknung der menschlichen Ernährung erhalten bleiben. Als in den einzelnen Gebieten nach Lagernden Kohlrüben, die infolge Verfallschwierigkeiten nicht angeliefert werden konnten, sollen ebenfalls herangeschafft werden. Die Kartoffellieferung hat durch den ungewöhnlichen Frost im März eine weitere Schwärzung erfahren. Bezüglich der Preisverhältnisse erklärte Eröner von Witschels, daß man ohne einen gewissen Preisanstieg nicht auskomme. Er hoffe jedoch, daß mit der angestrebten Preisrelaxation eine Basis gefunden werde, die die bisher zutage getretenen Mängel beseitige. Die Arbeitervertreter erörterten eingehend die gegen den Landwirtschaftsminister erhobenen Anklagen. Sie wiesen vor allem darauf hin, daß sie eine moralische Beeinflussung der Landwirtschaft seitens des Landwirtschaftsministeriums vermieden. Freiherr von Gallenhansen habe das Landwirtschaftsministerium dagegen in Schuß, es habe nur im Verbraucherinteresse keine Maßnahmen getroffen. Die Steigerung der Produktion wäre gegenwärtig die Hauptsache. Von den Arbeitervertretern wurde letzteres nicht bestritten, bezüglich der Mittel, die zu diesem Ziele führen, nahmen sie jedoch einen anderen Standpunkt ein. Als Ergebnis der Aussprache kann angenommen werden, daß das Kriegsernährungsamt, das Kriegsernährungsamt und der neue Staatskommissar für Preisen alles zu tun bereit sind, um die vorhandenen Ungleichheiten und Mängel unserer Volksernährung beseitigen zu helfen, soweit wie dieses nach menschlichem Ermessen und den vorhandenen Mitteln möglich ist.

Heilbehandlung der Versicherten

Das Reichsversicherungsamt ist schon viele Male in Anspruch genommen worden, die über die Ergebnisse der Heilbehandlung durch die Versicherungs- und Sonderanstalten ein umfassendes Bild gibt. Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung können bekanntlich die Versicherungsnehmer ein Heilverfahren anstreben, um die körperliche Gesundheit eines Versicherten oder einer Witwe abzurufen. Es zu erwarten, daß ein Heilverfahren den Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Waisenrente nach Erbringung der notwendigen Heilbehandlung einstellt, so kann die Versicherungsanstalt ein Heilverfahren einleiten. Das Reichsversicherungsamt ist in der Lage, die Versicherungsnehmer bei der Heilbehandlung zu unterstützen. Die Versicherungsnehmer können bei der Heilbehandlung in Anspruch genommen werden, wenn sie die Heilbehandlung einleiten. Die Versicherungsnehmer können bei der Heilbehandlung in Anspruch genommen werden, wenn sie die Heilbehandlung einleiten.

auch dann zu gewähren, wenn es an keine Rententafel Ansprüche hat.

Von den Befugnissen, ein Heilverfahren zugunsten einer Witwe oder für Empfänger einer Witwen- oder Waisenrente einzuleiten, haben die Versicherungsanstalten im Jahre 1915 in 488 (1914: 300) Fällen Gebrauch gemacht. Erhebungen über den Umfang und die Erfolge des von den 51 Versicherungsanstalten in den Jahren 1894, 1895 und 1896 angewendeten Heilverfahrens haben zum ersten mal 1898 stattgefunden. Die Ergebnisse sind damals in gebräuchlicher Form im Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1897 veröffentlicht worden. Seit jener Zeit fanden die Heilbehandlungen auf breiterer Grundlage, und zwar auch für die zugelassenen Klassen einrichtungen, statt Sonderanstalten genannt, regelmäßig alljährlich statt.

Es sind aufgewendet worden für Heilbehandlungen zwecks von den Trägern der Invalidenversicherung im Jahre 1914: 80 273 855 M und seit 1897 rund 800 Millionen Mark zusammen. Für Zwecke der Krankenfürsorge sind von den Krankenkassen im Jahre 1913 449 299 482 M aufgewendet worden und 18 102 515 M von den Trägern der Unfallversicherung. Für Zwecke der Krankenfürsorge sind von den Krankenkassen aufgewendet worden: Gesamtresultat seit 1897: 4 488 192 481 M und 171 806 858 M von den Trägern der Unfallversicherung. 1915 sind 34,27 vom Hundert aller Behandelten wegen Lungen- oder Kehlkopf tuberkulose, 0,25 v. H. wegen Dupus, 0,21 v. H. wegen Knochen- oder Gelenktuberkulose und 66,27 v. H. wegen anderer Krankheiten behandelt worden. Bei den Lungen- oder Kehlkopf tuberkulosen kommen 99,25 v. H. bei den „anderen Krankheiten“ 85,98 v. H. auf die ständige Heilbehandlung, dagegen 0,75 und 64,04 v. H. auf die nichtständige Heilbehandlung. In der letzteren Zahl kommt die Bedeutung der Bahnstüge zum Ausdruck. Hier besonders überwiegen im Berichtsjahre die Frauen. Infolge der Kriegskrankheiten wird die Heilbehandlung eine noch größere Bedeutung gewinnen als bisher.

Bücherchau

Große, Prof. Dr. Karl Lesen (Stuttgarter Silberbogen Nr. 12), geh. 25 Pf. Geländebunde (Stuttgarter Silberbogen Nr. 13), geh. 25 Pf. Stuttgart, Francksche Verlagsbuchhandlung.

Siehe Landkarten ins Feld! So klingt es jetzt am Vorabend großer Ereignisse erneut aus zahlreichen Selbstpublikationen. Sie voll auszuwerten, mit freudigem Bestandsnis zu lesen und zu begreifen, ist der Wunsch eines jeden Kampfers, aller, die dabei die großen Ereignisse erfassen wollen; denn Kartenlesen und Geländebekanntnis sind unentbehrliche Grundlagen für jeden, der die Aufgabe verfolgen und verstehen will. Sie sind daher auch wertvolle Zweige der militärischen Vorbildung Jungdeutscher, zumal Kartenkenntnis und Geländebekanntnis den Genuß, den jede Wanderung gewährt, bereichert, die Gegenden mit Hunderten von Werten erfüllt. Die Stuttgarter Silberbogen (Stuttgarter, Francksche Verlagsbuchhandlung), die der Jugend schon in mehreren Hefen wertvolle und anregende Lehrmittel bieten, bringen daher in ihren neuesten Veröffentlichungen eine Einführung in das „Kartenlesen“ und eine „Geländebekanntnis“, die der in der Jungdeutscherbewegung bekannte Professor Dr. Große auf Grund langjähriger Erfahrungen unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse des Lesers bearbeitete. Die reich illustrierten, leicht verständlichen Hefte, die nur 25 Pf. kosten (in Partien billiger), gehören in die Hand der Jugend aller Kreise, in die Kavernen und Soldatenhelme, und sollten jeder Karte, die ins Feld geschickt wird, beigegeben werden.

Bekanntmachung

In Anbetracht der jetzigen, schwierigen Verhältnisse soll die Abrechnung des ersten Vierteljahres 1917 zusammen mit der des zweiten gemacht werden. Die bisher vereinnahmten Beiträge sind jedoch unverzüglich an die Zentralkasse einzusenden.
Der Vorstand: J. Wiedberg.

Gemeinnützige



Deutsche
Landwirtschaftliche

Zentralverbandes christl. Bauarbeiter
Deutschlands

Zentralkasse in Berlin.